

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.  
des „Jahrb. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Voten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinpatige Zeile 12 Pf. In  
amtlichen Teile die gewaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 56.

Donnerstag, den 13. Mai

1909.

### Ämtliche Bekanntmachung, betreffend katholischen Gottesdienst in Eibenstock.

Durch Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 29. März 1909 darf von Ostern 1909 ab in Eibenstock jährlich bis 12 mal katholischer Gottesdienst abgehalten werden.

Alle Katholiken in Eibenstock sowie in der näheren und weiteren Umgebung werden hieron geziemend in Kenntnis gesetzt mit der Aufforderung, sich an den Gottesdiensten zahlreich zu beteiligen.

Der erste Gottesdienst findet statt am 23. Mai 1909, vorm. 9 Uhr im Saale

der „Centralhalle“. Von 1/8 Uhr früh an ist Gelegenheit zur österr. heil. Beichte; nach dem Gottesdienst sind heil. Laufen.

Aue, Bahnhofstraße 31, III, den 11. Mai 1909.

J. A. des katholischen Pfarramtes Zwidau: Kaplan Joh. Wenke, Aue.

Sonnabend, den 15. Mai 1909,

11 Uhr vormittag

soll auf dem unteren Bahnhof hier eine Ruppel Rundholz, 20230 kg meistbietend versteigert werden.

Güterverwaltung.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Unser Kaiser ist heute Mittwoch vormittag in Brindisi eingetroffen und herzlich empfangen worden. Nach der Entree geht dann die Fahrt weiter nördlich ins Adriatische Meer. In Wien hat man mit der Ausschmückung der Straßen zum Empfang Kaiser Wilhelms bereits begonnen.

— Von der Begegnung in Brindisi erhoffen italienische Parlamentarier, daß sie wie eine befreiende Tat auch hinsichtlich des Verhältnisses Italiens zu Oesterreich wirken wird, das in letzter Zeit bekanntlich nur korrekt war, aber nicht so, wie es unter verbündeten Mächten sein sollte. Gewisse Kreise Italiens hatten ausgesprochen, daß Oesterreich es Italien gegenüber in Sachen der Orientpolitik an der nötigen Offenheit und Aufrichtigkeit der Verhandlungen mangelte. Die Heeresrüstungen Oesterreichs wurden dann vollends so dargestellt, als ob ihre Spitze sich gegen Italien richtete. Jetzt aber wird bereits konstatiert, daß die Stimmung an Schärfe verloren hat.

— Die Finanzkommission des Reichstags erörterte am vergang. Dienstag in einer Vor- und einer Nachmittagsitzung die Steuervorlage, an der die Subkommission erhebliche Änderungen vorgenommen hat. In der Debatte erklärte ein Bundesrats-Bevollmächtigter, die verbündeten Regierungen müßten an einem Ertrage von 275 Millionen Mark neuer Steuern auf Bier, Tabak und Branntwein festhalten. Am heutigen Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt. Die Subkommission hatte die von der Regierung vorgeschlagene Bänderrolsteuer abgelehnt und beantragt, einen Wertzuschlag auf den Zoll für die aus dem Auslande eingeführten Zigarren in Höhe von etwa 30 Prozent zu legen. Der Ertrag aus dieser Art der Mehrbelastung beträgt nur 30 Millionen Mark gegen 77 Millionen der Regierungsvorlage. Ein konservativer Redner trat für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Ein Sozialdemokrat beklagt die geplante hohe Tabaksteuer. Der freisinnige Redner verwirft Bänderrol- und Fakturwertsteuer und stimmt nur einer Zollerhöhung zu, deren Ertrag sich auf rund 36 Millionen Mark beläuft. Ein Regierungskommissar widersprach der Behauptung, daß die gesamte Tabakindustrie Gegnerin der Bänderrolle sei. Die Redner der Reichspartei und des Zentrums treten für die Regierungsvorlage ein. Gegen einen freisinnigen Antrag auf Erhöhung des Eingangszolles nach Gewicht wendet sich Schatzsekretär Sydow, dieser Antrag würde der Tabakverfeinerung, mit der die Einnahmen wachsen, ein Ende machen.

— Die Reichsfinanzreform kommt deshalb nicht vom Fied, weil in der Frage der direkten Steuern die Regierung zwar mit den Freisinnigen, aber nicht mit den Konservativen einig ist, die die Erbanfallsteuer beharrlich ablehnen, während sie auf anderem Wege 100 Millionen direkter Steuern bewilligen, und weil in der Frage der indirekten Steuern die Freisinnigen trotz ausgesprochener Bereitwilligkeit mehr und mehr verjagen. Von den Freisinnigen kann die Regierung danach eine 500 Millionen betragende Mehr-Einnahme überhaupt nicht erhalten, während sie von Konservativen und Zentrum in die Hand gelegt wird. Es spiegelt sich wohl die Meinung der Regierung darin wieder, wenn gesagt wird: Falls die Sachlage sich nicht sehr bald von Grund aus ändert, wird die Regierung ihre weiteren Maßnahmen entsprechend einrichten müssen; d. h. doch, die Finanzreform daher nehmen, wo sie sie bekommt.

— Die Erbanfallsteuer wird doch nicht von der gesamten konservativen Reichstagsfraktion, mit alleiniger Ausnahme der drei sächsischen Mitglieder, abgelehnt. Soeben hat sich auch der konservativ Abgeordnete Paul-Potsdam öffentlich für die Erbanfallsteuer ausgesprochen. Er bedauert, daß die konservative

Fraktion des Reichstages nicht früher eingeleitet sei, und betont, er habe auf seinen vielfachen Reisen im Reiche während der jüngsten Zeit die Erfahrung gemacht, daß auch die konservativen Wähler die Erhaltung des Blocks einem Zusammengehen von Konservativen und Zentrum vorziehen. Eine Schwalbe macht zwar noch keinen Sommer; aber wer weiß, ob sich zu den 4 konservativen Freunden der Erbanfallsteuer nicht noch mehrere gesellen? Wie sagt doch Fürst Bülow? Geduld bringt Erfahrung, Erfahrung bringt Hoffnung, und Hoffnung läßt nicht zuschanden werden. — Einige konservative Wahlvereine richteten an die Fraktion die bringende Bitte, die Reform zustande zu bringen; auch wenn es Opfer kostete.

— Oesterreich-Ungarn. Zum Besuch des deutschen Kaisers in Wien. Die „Montagsrevue“ schreibt: Kaiser Wilhelm wird in Wien einen Empfang finden, der mehr bedeuten soll, als die emphatische Begrüßung eines stets willkommenen Gastes. Das Jahr 1909 ist für das deutsch-österreichische Bündnis nicht nur ein Jubiläumsjahr. Die Allianz hat nicht allein drei Dezennien überlebt, sondern sie hat für die beiden Reiche und deren Völker nun noch höheren Wert als in manchen Epochen der Vergangenheit. Dem Monarchen, der dem Bunde seine Bürgschaft und unabsehbare Dauer und unerschütterliche Festigkeit verlieh, gelten diesmal die Grüße der Bevölkerung Wiens. — Im Stadtrat wurde der Antrag eingebracht, zu Ehren des deutschen Kaisers eine größere Straße im Stadtzentrum „Kaiser-Wilhelmstraße“ zu nennen. Ferner wurde angeregt, den deutschen Kaiser zum Besuch des Rathauses einzuladen. Der Bürgermeister wird mit dem Oberhofmeisteramt deswegen Fühlung nehmen.

— Rußland. Stolypin und die übrigen Minister sollen im Amte bleiben, so verlangt es der Zar, obwohl er dem Teil des Marine-Stats, der seiner Meinung nach widerrechtlich der Duma zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen hatte, seine Zustimmung verweigerte. Stolypins Entscheidung steht noch aus; die konservativen Kreise Petersburgs meinen jedoch, er müsse im Amte bleiben, da der Zar es verlange.

— Italien. Der neue deutsche Botschafter in Rom, von Jagow, überreichte Sonntag vormittag unter dem üblichen Zeremoniell dem Könige sein Beglaubigungsschreiben. Die Audienz, die etwa 20 Minuten dauerte, trug einen sehr herzlichen Charakter.

— Türkei. Aus Konstantinopel: Die Türkei hat nun in Mohammed V. nach der glücklich verlaufenen Zeremonie der feierlichen Schwertumgürtung ihren mit allen Rechten ausgestatteten neuen Sultan. Trotzdem ist die Situation keine übermäßig günstige. Sogar zwischen dem jungtürkischen Komitee und der Befreiungsarmee besteht eine bedenkliche Spannung. Der Groll des Alttürkentums aber glimmt fort wie der Funken unter der Asche, um bei gegebener Gelegenheit plötzlich als helle Flamme emporzuschlagen.

— Die Unruhen in der asiatischen Türkei konnten bisher nicht unterdrückt werden, da Konstantinopel und andere wichtige Plätze der europäischen Türkei von Truppen nicht entblößt werden durften. In Aleskub brach ein Militäraufstand aus, zu dessen Unterdrückung Artillerie requiriert wurde. — Bezeichnend für das ästhetische Empfinden der Türkei ist folgende Tatsache: Zahlreiche Provinzen ersuchten darum, auch in den Provinzialstädten Hinrichtungen vollführen zu lassen. Um des lieben Friedens willen entsprach die Regierung diesen Wünschen durch die Anordnung, jeden Verurteilten fortan in seinem Heimatsort hängen zu lassen. — Die Christenverfolgung in der asiatischen Türkei hat unter entsetzlichen Grausamkeiten stattgefunden. Frauen und Kindern wurden Hände und Füße abgehakt, den Frauen auch die Brüste abgeschnitten, und die Verstümmelten auf der Straße liegen gelassen, bis sie starben. — Die amerikanische Regierung beschloß angeblich infolge der Repetitionen in Türtisch-Astien,

wobei auch einige amerikanische Missionare getötet wurden, die Aufstellung eines ständigen Geschwaders in den türkischen Gewässern. — Der deutsche kleine Kreuzer „Hamburg“ befährt die Küste der asiatischen Türkei.

— Persien. Die Verfassungslämpfe. Wie aus Urmia brieflich gemeldet wird, ist die Stadt seit dem 26. März vom Verkehr abgeschnitten. Nur mit Choi und Salmas besteht noch Post- und Drahtverkehr. Die russische Konsularpost und auch die Korrespondenz der ausländischen Privatpersonen wurde sowohl um Urmia wie in Choi und Salmas von Revolutionären aufgegriffen und gelesen. Der Handel stockt. Der Karawanenverkehr mit russischen Waren ist ganz eingestellt. Die Verbindung zwischen Urmia und Soudi-Bulak ist durch Kurden unterbrochen. Die Mehrzahl der Bevölkerung in Urmia steht den Revolutionären feindlich gegenüber, verhält sich jedoch passiv. — Kaukasische Freisöldaten in der Nähe von Kaswin den früheren Deputierten des Reichstages Bahr ul Schulam, der von Serbela zurückkehrte, wohin er im Herbst vom Schah gefandt worden war. — Saed ed Daulah ist nach dem Bageschah berufen worden. — Der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge gewinnen die Revolutionäre von Kaswin täglich an Stärke und nähern sich Teheran. Der Telegraphendraht zwischen Kaswin und Rejst ist abgeschnitten. Die Vorposten der Revolutionäre sind schon in Tadjrisch angelangt.

### Lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 11. Mai. Gestern Abend fand in der „Centralhalle“ hier selbst der von der Gewerbe-kammer Blaues angekündigte Vortrag über Credit-genossenschaftswesen bei reger Teilnahme seitens hiesiger und auswärtiger Handwerker und Gewerbetreibender statt. Herr H. Pfefferkorn begrüßte als Vorsitzender des Handwerkervereins die Erschienenen und legte in kurzen Worten den Zweck der Zusammenkunft dar, indem er das Verhältnis zwischen Großbetrieb und Kleingewerbe beleuchtete und schließlich den Wunsch äußerte, daß die Anwesenden aus den folgenden aufklärenden Vorträgen der Herren Jschod, Leiter der Blaueschen Gewerbe-kammer, welcher die Hauptrede übernommen, und Syndikus Dr. Engelmann von der Gewerbe-kammer Blaues, die Überzeugung von der Zweckmäßigkeit einer Creditgenossenschaft mitnehmen und daß in einer später einzuberufenden Versammlung der schon früher angeregte Gedanke zur Gründung einer Creditgenossenschaft sich verwirklichen möge. Hiernach ergriff Herr Jschod das Wort, um an der Hand praktischer Erfahrungen über das Creditgenossenschaftswesen im Großen und Ganzen zu berichten. Zuerst besprach Redner die Vorteile, die sich durch Gründung einer solchen Genossenschaft dem einzelnen Mitgliede bieten, indem es außer der Gefahr eines etwaigen Verlustes des zu Hause liegenden Geldes dieses vom Tage der Einzahlung an zinsbringend der Gewerbebank überweisen kann, um es je nach Bedarf abzuheben und weiter im Notfalle Geld von der Gewerbebank gegen Sicherheit geliehen bekommt, ohne erst gute Freunde um ein Darlehen angehen zu müssen. Diese Vorteile sprechen für sich, und namentlich der letztere ermöglicht es manchem kleinen Handwerker, über momentane Geldschwierigkeiten leichter hinwegzukommen. Des weiteren besprach Herr Jschod die Vorteile des Schad-Überweisungsverkehrs, die richtige Handhabung des Wechsels etc. und empfahl am Schluß seiner Ausführungen, sich die Gründung einer Creditgenossenschaft in Ruhe zu überlegen und alsdann die Bildung später definitiv zu bewerkstelligen. Der Vortrag wurde zur Diskussion gestellt. Herr Dr. Engelmann behandelte sodann das Verhältnis der Banken gegenüber der Gewerbe-kammer, den Verkehr der Gewerbebank mit dem Handwerker, wies das Solidaritätsgefühl als Grundlage zur Gründung einer Genossenschaft und erklärte weiter wichtige Fragen, die